

Germany-Altenholz: Software programming and consultancy services

OJ S 246/2016 21/12/2016

Contract notice

Supplies

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Dataport, Anstalt des öffentlichen Rechts

Postal address: Altenholzer Straße 10-14

Town: Altenholz

NUTS code: DEF02 Kiel, Kreisfreie Stadt

Postal code: 24161

Country: Germany

E-mail: DataportVergabe4346@dataport.de

Internet address(es):

Main address: <http://www.dataport.de>

I.2. Information about joint procurement

The contract is awarded by a central purchasing body

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.dataport.de/unsereloesungen/beratungundservice/Seiten/vergabeverfahren.aspx>

[/vergabeverfahren.aspx](https://www.dataport.de/unsereloesungen/beratungundservice/Seiten/vergabeverfahren.aspx)

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted to the following address:

Official name: Dataport, Anstalt des öffentlichen Rechts

Postal address: Billstraße 82

Town: Hamburg

Postal code: 20539

Country: Germany

Contact person: Raum 310, Geschäftszimmer

E-mail: DataportVergabe4346@dataport.de

NUTS code: DE6 Hamburg

Internet address(es):

Main address: <http://www.dataport.de>

I.4. Type of the contracting authority

Body governed by public law

I.5. Main activity

Other activity: Informations- und Kommunikationstechnik

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

EHaushalt.

II.1.2. Main CPV code

72200000 Software programming and consultancy services

II.1.3. Type of contract

Supplies

II.1.4. Short description

Aufbau und Einführung eines zentralen Haushalts BI-Systems

Die Ausschreibung umfasst die Lieferung eines an die Bedürfnisse der Freien Hansestadt Bremen anpassbaren flexiblen BI-Systems als Landeslizenz und folgende Leistungen: Überlassung der Software, Unterstützung bei der Erstinstallation, Realisierung der Anbindung der erforderlichen Datenquellen und Vorfahren, Programmanpassungen, Aufbau einer geeigneten Datawarehouse-Struktur, Beratungsunterstützung bei der Entwicklung und Implementierung der erforderlichen Berichte und Auswertungen, Schulung, Anwenderbetreuung (i. S. eines 3rd-Level-Supports) sowie Softwarepflege und Wartung. Das BI-System soll im Rechenzentrum von Dataport des zentralen IT-Dienstleisters der Freien Hansestadt Bremen betrieben werden. Zur Unterstützung und Sicherstellung des laufenden Betriebes ist ein Angebot für einen Softwarewartungs- und Pflegevertrag zu erstellen.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE5 Bremen

Main site or place of performance: Freie Hansestadt Bremen.

II.2.4. Description of the procurement

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat mit Beschluss vom 21.4.2015 die Senatorin für Finanzen beauftragt ein verwaltungsweites Projekt „Elektronische Haushaltsdarstellung und Haushaltsanalytik (eHaushalt)“ durchzuführen und ein elektronisches Berichtswesen für den Senat aufzubauen, das insbesondere für die unterjährige Berichterstattung zu den Zentralen Finanzen, zum Produktgruppenhaushalt, den Beteiligungen und Sondervermögen sowie zu den Personal- und IT-Ressourcen geeignet ist.

Im Masterplan des zentralen Modernisierungsprogramms „Zukunftsorientierte Verwaltung (ZOV)“ der bremischen Verwaltung ist das Projekt „eHaushalt“ Bestandteil des strategischen Entwicklungsfelds „Integrierte Gesamtsteuerung“. Der Projektauftrag sieht den Aufbau eines zentralen (elektronischen) Managementinformationssystems zur verbesserten Haushaltsdarstellung und Haushaltsanalytik vor. Durch einen ständig aktuellen Überblick über die im Haushalt festgelegten Ziele, Maßnahmen und Kennzahlen sollen Politik und Verwaltung verbesserte wirkungsorientierte Steuerungsinstrumente für die zielgerichtete Haushaltskonsolidierung bereitgestellt werden.

Die Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen beabsichtigt für die elektronische Haushaltsdarstellung und Haushaltsanalytik sowie insbesondere für die Einführung einer wirkungsorientierten Steuerung ein zentrales Business-Intelligence-System (BI-System) aufzubauen.

Erwartet wird, dass sich die BI-Lösung nahtlos in die bestehende IT-Landschaft der Freien Hansestadt Bremen insbesondere in die bestehenden Finanzsoftwaresysteme SAP und Profiskal integriert. Neben den Daten aus den Finanzsoftwaresystemen sind entscheidungsrelevante Controllinginformationen aus weiteren bremischen Fachverfahren automatisiert zu übernehmen. Die BI-Lösung muss über bereits in der Praxis bewährte Funktionen und Templates zur Darstellung und Analytik von öffentlichen Haushalten, zur Abbildung von politischen Zielsystemen und zur wirkungsorientierten Steuerung verfügen. Das BI-Verfahren soll die zukünftige zentrale IT-Plattform für die Haushaltssteuerung und für die zentralen Controllingverfahren des Konzerns Freie Hansestadt Bremen (Kernverwaltung und ausgegliederte Organisationseinheiten) bilden. Die BI-Lösung muss daher als technologische Kernkomponente die zukunftsfähige technische Umsetzung der Fachanforderungen aus folgenden Controllingverfahren gewährleisten:

- Finanzplanung der Freien Hansestadt Bremen;
- Haushaltsaufstellung der Freien Hansestadt Bremen;
- Wirkungsorientierte Steuerung;
- Zentrales Finanzcontrolling der Freien Hansestadt Bremen;
- Produktgruppencontrolling der Freien Hansestadt Bremen;
- Doppisches Berichtswesen der Freien Hansestadt Bremen;
- KLR Berichtswesen der Freien Hansestadt Bremen;
- Regierungscontrolling der Freien Hansestadt Bremen;
- Investitionscontrolling der Freien Hansestadt Bremen;
- Beteiligungscontrolling der Freien Hansestadt Bremen;
- Personalcontrolling der Freien Hansestadt Bremen;
- IT-Controlling der Freien Hansestadt Bremen.

Die Einführung der Controllingverfahren soll stufenweise erfolgen.

In der ersten Stufe wird zunächst die Abbildung der Funktionen des Zentralen Finanzcontrollings, des Produktgruppencontrollings und der Wirkungsorientierten Steuerung beauftragt. Die Implementierung der Stufe 1 soll bis zum 31.12.2018 abgeschlossen werden. Über die Umsetzung und Beauftragung der weiteren Fachcontrollings (Finanzplanung, Haushaltsaufstellung, Doppisches Berichtswesen, KLR Berichtswesen, Regierungscontrolling, Investitionscontrolling, Beteiligungscontrolling, Personalcontrolling, IT-Controlling) soll spätestens nach Abschluss der Stufe 1 entschieden werden. Die Einführungsunterstützung dieser Funktionsbereiche soll daher optional – als jeweils einzeln zu beauftragende Bestandteile – angeboten werden.

Es wird erwartet, dass der Anbieter die BSI Grundschutzanforderungen erfüllt.

Die vollständigen Ausführungen entnehmen Sie bitte der Teilnahmeunterlage.

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Quality criterion - Name: Leistung / Weighting: 50

Price - Weighting: 50

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 84

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3
Objective criteria for choosing the limited number of candidates
:

Mindestens drei geeignete Bewerber mit der höchsten Benotung gemäß Ziffer 5.4.2.3. der Teilnahmeunterlage werden zu Vertragsverhandlungen aufgefordert. Der Auftraggeber behält sich jedoch vor, weitere Unternehmen zu Vertragsverhandlungen aufzufordern, wenn die Art bzw. Anzahl der Bewerbungen dies begründet.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:
Anlage Unternehmensbeschreibung.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:
Anlage Umsatz.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Mindestjahresumsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags in Höhe von 300 000 EUR in den letzten 3 Geschäftsjahren. Dabei müssen die Angaben aller drei Geschäftsjahre jeweils für sich genommen mindestens den geforderten Mindestwert erreichen.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Anlage Beschäftigtenzahlen

Anlage Referenzen

Anlage Qualifikation des einzusetzenden Personals.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Beschäftigtenzahlen:

1. Wie viele Mitarbeiter sind im Unternehmen insgesamt beschäftigt? Mindestanforderung: 15 (durchschnittliche Anzahl pro Jahr in den letzten 3 Jahren)

2. Davon (von 1.): Wieviele Mitarbeiter sind Berater für wirkungsorientierte Steuerung in der öffentlichen Verwaltung? Mindestanforderung: 3 (durchschnittliche Anzahl pro Jahr in den letzten 3 Jahren)

3. Davon (von 1.): Wieviele Mitarbeiter sind Berater für Finanzwesen in der öffentlichen Verwaltung? Mindestanforderung: 3 (durchschnittliche Anzahl pro Jahr in den letzten 3 Jahren)

Referenzen:

Der Bieter benennt in der Anlage Referenzen im Wesentlichen vergleichbare

Referenzprojekte, die er nachdem 31.12.2012 erfolgreich abgeschlossen hat oder die jetzt

noch erfolgreich erbracht werden. Sind die Referenzprojekte noch nicht erfolgreich abgeschlossen, müssen diese gemessen vom Tag des Ablaufs der Antragsfrist dieser Vergabe seit mindestens 6 Monaten bestehen, um hier berücksichtigt werden zu können. Voraussetzung für die Bewertung einer Referenz ist die Benennung eines Ansprechpartners des Referenzkunden (die Benennung eines Ansprechpartners auf Seiten des Bieters reicht nicht aus). Fehlt diese Angabe, so wird die betreffende Referenz bei der Wertung nicht berücksichtigt. Es wird in diesem Fall auch keine weitere Referenz nachgefordert.

1. Anzahl der Referenzen in den letzten 3 Jahren für die Einführung eines BI-Systems?

Mindestanforderung: 3

2. Anzahl der Referenzen der letzten 3 Jahre für Einführungsprozesse einer wirkungsorientierten Steuerung? Mindestanforderung: 2

3. Befinden sich unter den Referenzen der wirkungsorientierten Steuerung öffentliche Betriebe oder Dienststellen der öffentlichen Verwaltung des europäischen Raums?

Mindestanforderung: 1

Qualifikation des einzusetzenden Personals:

1. Über welche Projektleitungserfahrung bei der Einführung von BI-Systemen verfügt die von Ihnen vorgesehene Projektleitung? Mindestanforderung: 2 Projekte

2. Über welche Projekterfahrung zur Einführung von BI-Systemen verfügt Ihr für das Projekt vorgesehener verantwortlicher BI-Fachberater? Mindestanforderung: 2 Projekte

3. Über welche Projekterfahrung im Bereich der Einführung von wirkungsorientierten Verwaltungssteuerungsprozessen verfügt Ihr für diesen Bereich vorgesehener verantwortlicher Fachberater? Mindestanforderung: 2 Projekte

Detaillierte Ausführungen gemäß der veröffentlichten Teilnahmeunterlage.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.2. Contract performance conditions

- deutsche Sprache bei der Auftragsdurchführung,
- keine Anwendung der „Technologie von L. Ron Hubbard“ bei der Auftragsdurchführung,
- Erklärung zur Vertraulichkeit bei der Auftragsdurchführung,
- Erklärungen zu Tariftreue- und Vergabegesetz der Freien Hansestadt Bremen (TtVG).

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 02/02/2017 Local time: 12:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

Date: 16/02/2017

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

Erkennt ein Bewerber/Bieter Fehler/Unklarheiten/Widersprüche o. ä. in den Vergabeunterlagen oder bestehen hinsichtlich der Ausführung der Leistung Bedenken, so ist er verpflichtet, darauf in Form von Bewerber-/Bieterfragen hinzuweisen. Tut er dies trotz Erkennens oder Erkennenmüssens nicht, so gehen daraus resultierende Nachteile zu seinen Lasten.

Die folgenden Ziffern beziehen sich auf die Teilnahmeunterlage.

Fragen und erbetene zusätzliche Auskünfte zu den Vergabeunterlagen sind bis zu dem unter Nr. 4.1 genannten Termin (Schluss des Frageforums) an die unter Nr. 4.2.1 genannte E-Mail-Adresse zu richten.

Die Fragen und die Antworten werden in anonymisierter Form allen teilnehmenden Bietern unaufgefordert an dem unter Nr. 4.1. aufgeführten Datum per E-Mail zur Kenntnis gegeben. Im Rahmen der Anonymisierung behält sich der Auftraggeber Umformulierungen in der Fragestellung vor. Abweichend hiervon wird der Auftraggeber Auskünfte, die nur den fragenden Bieter betreffen, nur diesem mitteilen, soweit die Informationen für die anderen Bieter nicht relevant sind oder den Vertrauensschutz des fragenden Bieters verletzen. Ebenso wird der Auftraggeber unter Umständen Auskünfte schon vor dem unter Ziffer 4.1 aufgeführten Datum versenden, wenn auf Grund der Art und des Inhalts der Frage/n eine unverzügliche Beantwortung geboten ist. Bei Fragen, die keine zusätzlichen Informationen im Sinne von § 20 Abs. 3 Nr. 1 VgV darstellen, prüft der Auftraggeber im jeweiligen Einzelfall, ob er Antworten versendet.

Ist bereits jetzt oder wird im Laufe des Vergabeverfahrens die Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren gesetzlichen Verfahrens über das Vermögen des Bieters eröffnet oder beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt, oder befindet sich der Bieter bereits jetzt oder im Laufe des Vergabeverfahrens in Liquidation oder stellt er seine Tätigkeit ein, so ist dies über die unter Nr. 4.2.1. angeführte E-Mail-Adresse unverzüglich mitzuteilen.

Ebenso mitzuteilen ist jeder Umstand, der eine/mehrere Erklärung/en des Antragsdeckblatt nachträglich in Frage stellt.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Bremen – Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Postal address: Contrescarpe 72

Town: Bremen

Postal code: 28195

Country: Germany

E-mail: vergabekammer@bau.bremen.de

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Der Auftraggeber weist auf § 160 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) hin.

Dieser lautet:

"§ 160 GWB Einleitung, Antrag.

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit.

VI.5. Date of dispatch of this notice

16/12/2016